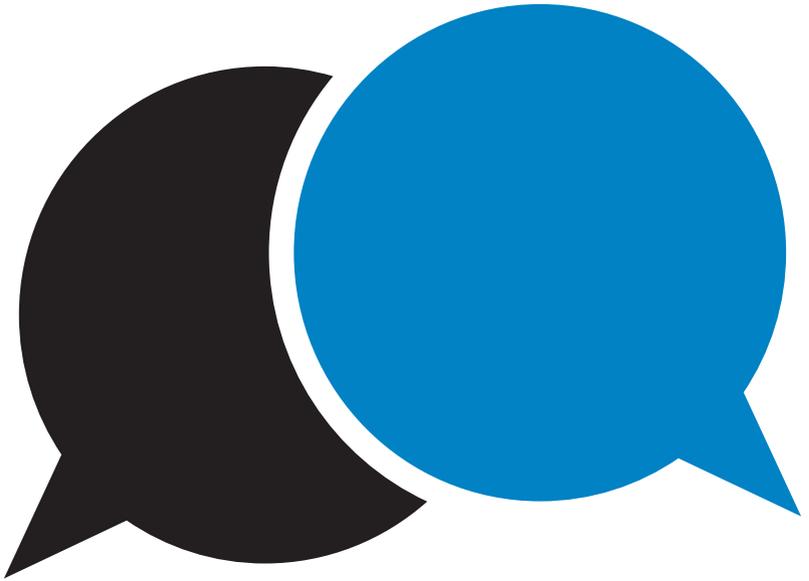


# citoyenneté

mitreden mitgestalten mitentscheiden



## Auf den Punkt gebracht



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Impressum

©2015 Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM

Redaktion: Elodie Morand  
Übersetzung: EKM Sekretariat  
Grafik: artic media design  
Illustration: mix&remix  
Druck: Jost Druck AG, Hünibach  
Distribuzione: BBL, Bundespublikationen, 3003 Bern  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Art.-Nr. 420.902.D  
06.15 1000 862639410

EKM  
Quellenweg 6  
CH 3003 Bern-Wabern  
Tel. 058 465 91 16  
[www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)



# citoyenneté

mitreden mitgestalten mitentscheiden



## Citoyenneté – auf den Punkt gebracht

Fast ein Viertel der  
Bevölkerung von  
politischen Prozessen  
auszuschliessen,  
stellt klar ein  
Demokratiedefizit dar.

In vielen Belangen haben Einheimische und Zugewanderte im schweizerischen Alltag die gleichen Rechte und Pflichten. Wenn es hingegen um politische Rechte geht, dann macht der Pass oftmals den Unterschied. Fast ein Viertel der Bevölkerung hat keinen Schweizerpass und kann bei nationalen politischen Fragen nicht mitentscheiden. Etwa 380 000 von ihnen sind hier geboren und aufgewachsen.

Aber legitimiert sich die direkte Demokratie nicht gerade dadurch, dass Entscheide in der Bevölkerung breit abgestützt sind?



## Politische Partizipation in der Schweiz

Politische Partizipation ist im Selbstverständnis der Bevölkerung tief verankert. Die direkte Demokratie ist vielleicht der wichtigste Bestandteil der schweizerischen Identität.

Es gehört zum politischen Alltag, dass Personen und Gruppen ein Thema besetzen, Mitbürger dafür mobilisieren, Debatten lancieren und eine Entscheidung herbeiführen.

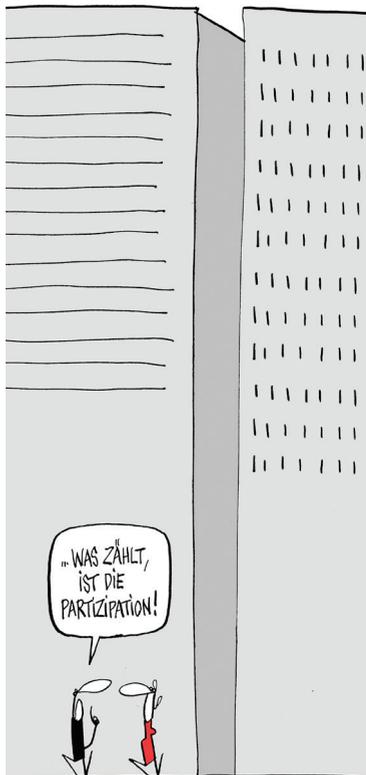
Die Bundesverfassung regelt sowohl die politischen Rechte wie auch die Voraussetzungen, unter welchen diese erworben werden.

Auf Bundesebene sind das Stimm- und Wahlrecht sowie das Referendums- und Initiativrecht Schweizer Staatsangehörigen vorbehalten. Einige Kantone haben diese formellen politischen Rechte auf die ausländische Wohnbevölkerung ausgedehnt. Dies ist insbesondere in der Romandie der Fall. In der Deutschschweiz kennen erst wenige Kantone ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene. Es haben also nicht alle die gleichen Chancen.

Politische Partizipation umfasst jedoch mehr als das Stimm- und Wahlrecht. So sind in der Bundesverfassung Grundrechte verankert, die für alle gelten. Beispielsweise haben alle das Recht, jene Informationen zu erhalten, die nötig sind, um sich eine Meinung bilden zu können. Und sie haben auch das Recht, diese Meinung öffentlich kundzutun.

Rund eine Million Menschen haben in der Gemeinde, in der sie leben, keine politischen Rechte.

Wer von einer Entscheidung betroffen ist, soll sich dazu auch äussern können.



Es gibt also auch nicht-formelle Möglichkeiten, die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten. So haben beispielsweise Ausländerinnen und Ausländer die Möglichkeit, eine Petition einzureichen und in Elternräten, in Vereinsvorständen oder in Konsultativkommissionen mitzuwirken. Diese Möglichkeiten sind jedoch nicht nur eingeschränkt, sondern oftmals auch wenig bekannt.



## Das Programm «Citoyenneté»

Die Schweiz profitiert von der Innovation und vom Pioniergeist der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Aus der Sicht der EKM ist es deshalb naheliegend, dass auch sie als Bürgerinnen und Bürger – also als «Citoyens» – geschätzt und als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden. Als solche sollten sie mit politischen Rechten ausgestattet werden. Sie sollen bei der Gestaltung der Gesellschaft, die sie mitprägen, auch mitreden können. Auf dem Spiel steht nichts Geringeres als die Legitimität der Demokratie.

Die EKM plädiert für einen Perspektivenwechsel: Unabhängig von der Nationalität sollen alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes als «Citoyens» anerkannt und behandelt werden. Sie sollen ihre Rechte wahrnehmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv mitgestalten können.

Kernstück dieses Perspektivenwechsels ist das Konzept der Citoyenneté.

Citoyenneté bedeutet zuerst einmal politische Partizipation im Sinne eines Engagements für die Gestaltung der Gesellschaft.



## Partizipation neu denken

Es bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, was politische Partizipation ist und wer über politische Rechte verfügen soll. Die formellen politischen Rechte auf die ausländische Bevölkerung auszudehnen – wie bereits in einigen Kantonen und Gemeinden geschehen – ist wichtig. Ebenso wichtig ist es aber, die politische Partizipation als Ganzes neu zu denken.

Politische  
Partizipation  
macht aus  
Zuschauern  
aktiv Beteiligte.

Im Fokus eines jeden partizipativen Prozesses steht ein Thema, für das es sich lohnt, sich zu engagieren: Man möchte an der Lösung eines Problems, von dem man betroffen ist, mitarbeiten. Man möchte gemeinsam mit anderen die Zukunft gestalten.

So vielfältig die Themen auch sein mögen, die Dimensionen, die partizipativen Prozessen zugrunde liegen, sind immer die gleichen. Es geht darum, Möglichkeiten zu eröffnen, damit möglichst breite Bevölkerungskreise mitwirken, sich eine Meinung bilden, an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse teilhaben und an der Entscheidungsfindung teilnehmen.



## Zugang ermöglichen

Wer sich in partizipative Prozesse einbringen will, muss zunächst einmal über die nötigen Informationen verfügen. Ist von politischer Partizipation die Rede, braucht es beispielsweise Kenntnisse über demokratische Prinzipien und Abläufe.

Information soll den Zugang zu politischer Partizipation erleichtern. Sie muss aufzeigen, welche konkreten Möglichkeiten es gibt, um sich zu engagieren und mitzuwirken. Es geht dabei aber nicht um einen Nachholunterricht in Staatskunde, um bei den Teilnehmenden Wissenslücken zu schliessen, sondern um konkrete Angaben, wo und in welcher Form man sich beteiligen kann.

Eine Gemeinde kann beispielsweise auf ihrer Internetseite auflisten, in welchen Kommissionen und Ausschüssen es Vakanzen gibt. Und sie kann die Bevölkerung ermuntern, sich für diese Ämter zur Verfügung zu stellen.

Information alleine ist nicht gut genug. Sie muss die Tür zur Partizipation öffnen.

Wissen, wo und wie man sich engagieren kann.

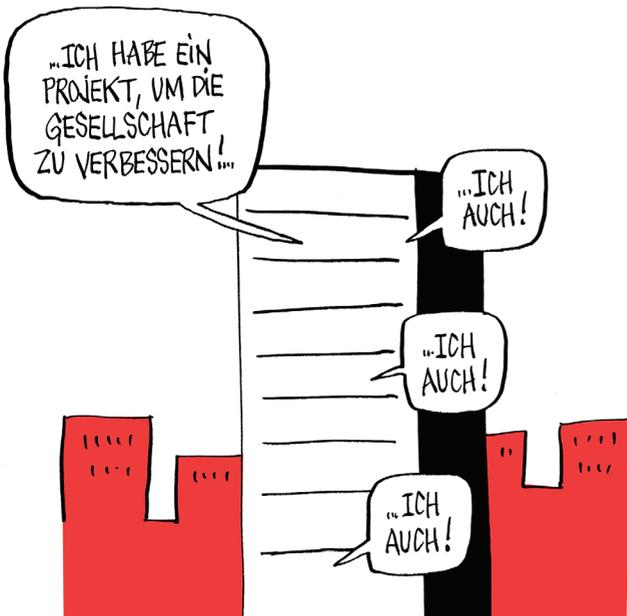


## Eine Haltung entwickeln und seine Position vertreten

Mitsprache heisst, sich auszutauschen, um gemeinsam eine Haltung zu entwickeln.

Mitsprache heisst in erster Linie, sich eines Themas anzunehmen und eine Haltung zu entwickeln. Eine Diskussion über ein aktuelles Thema zu lancieren, ist eine mögliche Form der Mitsprache.

Sich eine Meinung zu bilden ist gut. Diese Meinung öffentlich kundzutun, ist besser! Denn letztlich geht es darum, sich in öffentlichen Meinungsbildungsprozessen einzubringen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Bevölkerung eingeladen wird, bei der Revision des aktuellen Ortsplans mitzureden.



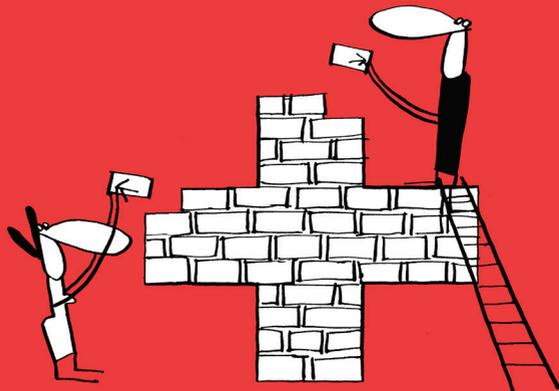
## Gemeinsam gestalten

Um an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilhaben zu können, muss man sich an der Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen beteiligen. Das bedeutet, dass Betroffene aktiv in die Prozesse der Mitgestaltung einzubinden sind. Sie sollen nicht bloss Nutzniesser des Prozesses sein. Die Teilnehmenden müssen an der Organisation eines Projekts mitwirken, damit es auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet ist. So ist es wichtig, dass beispielsweise Kinder in die Gestaltung eines Spielplatzes einbezogen werden.

Für einen partizipativen Prozess braucht es ein gemeinsames Anliegen und den Willen, zusammen die Lösung zu suchen. Die entwickelten Massnahmen werden danach in der Öffentlichkeit sichtbar.

Gemeinsam den Alltag, die Gesellschaft gestalten.

Mitsprache und Mitgestaltung sind Grundrechte.



## Gemeinsam entscheiden

Gemeinsam  
entscheiden. Aktiv  
den Alltag und  
die Zukunft formen.

Die gemeinsame Entscheidungsfindung stellt die Krönung des politischen Prozesses dar. Nachdem das Thema umrissen und diskutiert wurde und geeignete Massnahmen in Betracht gezogen wurden, geht es nun darum, auch am Entscheid beteiligt zu sein. Im Alltag gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich in die Entscheidungsfindung einzubringen, beispielsweise im Vorstand eines Vereins, in einer Kommission oder bei der Entwicklung eines Quartiers.

Um solche Möglichkeiten zu erschliessen, müssen oft zuerst strukturelle Hindernisse beseitigt werden. Dies geschieht beispielsweise, wenn Verwaltung und Behörden in die Quartiere gehen und die Bewohnerinnen und Bewohner auffordern, sich aktiv einzubringen.

Es braucht mehr Partizipationsmöglichkeiten. Und sie müssen der ganzen Bevölkerung offen stehen. So können sich beispielsweise politische Parteien, die in ihren Statuten bestimmte Bevölkerungsgruppen explizit ausschliessen, öffnen. Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Mitentscheidungsmöglichkeiten, die es sich lohnt auszuloten!



## Fördern wir die Citoyenneté!

Um die Legitimität der direktdemokratischen Strukturen zu erhöhen, müssen möglichst breite Bevölkerungskreise in politische Prozesse eingebunden werden. Politische Partizipation beginnt im lokalen Umfeld, dort, wo Menschen zusammen leben und sich im Alltag begegnen. Diese nicht-formelle politische Partizipation ist ebenso wichtig wie die formelle Partizipation. Sie ermöglicht den Betroffenen, an öffentlichen Diskussionen teilzuhaben und Einfluss zu nehmen.

Existieren bereits solche Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten? Wenn ja, dann gilt es, den Zugang zu erleichtern.

Sind die Möglichkeiten eingeschränkt? Dann gilt es, neue Partizipationsmöglichkeiten zu erkunden.

Vorhandene demokratische Strukturen für die gesamte Wohnbevölkerung zu öffnen, bedeutet eine Stärkung des Souveräns.

Die EKM ist überzeugt, dass eine breite Diskussion rund um das Konzept der Citoyenneté nicht nur neue Wege aufzeigt, wie das Potential und Know-how der Migrantinnen und Migranten geschätzt und genutzt werden kann, sondern dass sie auch das demokratische System stärkt.

Rund ein Viertel der Bevölkerung von politischer Mitbestimmung auszuschliessen, stellt für die Schweiz längerfristig ein Problem dar. Auf dem Prüfstein steht nichts Geringeres als die Glaubwürdigkeit der Demokratie und die Anerkennung der Menschen ausländischer Herkunft, die wie alle anderen dazu beitragen, dass die Schweiz das ist, was sie ist.

Die Grundrechte gelten für alle. Möglichkeiten, sie im Alltag zu nutzen, gilt es auszuloten.

Gemeinde,  
Quartierverein,  
Fachstelle  
– alle sind gefordert!

## Jetzt sind Sie an der Reihe!

Die EKM fördert innovative Projekte, welche Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Mitentscheidungsprozesse ermöglichen.

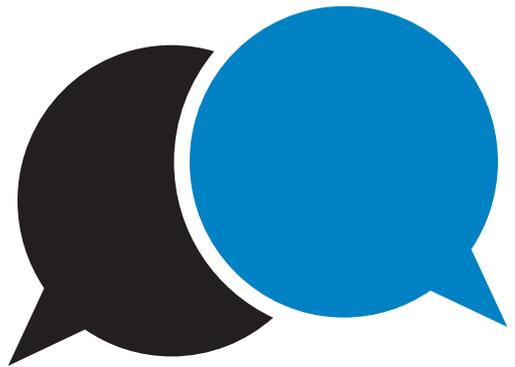
Sind auch Sie überzeugt, dass die Schweiz nur gewinnen kann, wenn die gesamte Bevölkerung an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse beteiligt ist? Dann machen Sie mit im Programm «Citoyenneté»!

Gefördert werden Projekte, die es möglichst breiten Bevölkerungskreisen erlauben, sich nachhaltig einzubringen und an politischen Prozessen teilzuhaben.

Die Projektaktivitäten sollen den Teilnehmenden erlauben, die verschiedenen Dimensionen der politischen Partizipation – die Information, die Mitsprache, die Mitgestaltung und die Mitentscheidung – zu erkunden.

Im Flyer «Citoyenneté – von der Idee zum Projekt» finden Sie alle Informationen, die Sie benötigen, um ein Gesuch um finanzielle Unterstützung einzureichen. Das Sekretariat der EKM steht Ihnen bei der Entwicklung Ihres Projekts gerne zur Verfügung!





Weitere Informationen finden sie auf der  
Website der EKM [www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)

Elodie Morand vom Sekretariat der EKM  
steht Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Kontakt: [elodie.morand@ekm.admin.ch](mailto:elodie.morand@ekm.admin.ch) oder 058 465 98 10



Eidgenössische Kommission für  
Migrationsfragen EKM  
«Citoyenneté»  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern  
[www.ekm.admin.ch](http://www.ekm.admin.ch)